

Peter Zellmann / Sonja Mayrhofer
IFT Institut für Freizeit- und Tourismusforschung

Die Einstellung der ÖsterreicherInnen zum „Sparpaket“: Das „Sparpaket“ wird als wenig wirksam und ungerecht empfunden

- **Die Mehrheit der ÖsterreicherInnen beurteilt die Sparmaßnahmen zu wenig wirksam und ungerecht.**
- **Nur ein Viertel der ÖsterreicherInnen steht hinter dem „Sparpaket“.**
- **Ebenso viele haben die Diskussion um das „Sparpaket“ gar nicht verfolgt bzw. kennen sich nicht genau aus.**
- **Die 30- bis 49-Jährigen und Personen mit höherer Bildung sind noch am ehesten von den Sparmaßnahmen überzeugt.**
- **Die Menschen finden die Maßnahmen ungerecht, weil die Politik zu wenig bei sich selbst spart und weil die wirklich Vermögenden zu wenig beitragen müssen.**
- **Insbesondere jüngere Menschen kritisieren den zu geringen Einsparwillen der Politik bei sich selbst.**
- **Personen mit höherem Bildungsniveau vermissen vor allem grundlegende Strukturreformen.**

Institutsleiter Prof. Peter Zellmann: *„Die vorliegende Analyse ist ein eindeutiger Handlungsauftrag an die Politik: Die meisten Menschen in Österreich tragen die Maßnahmen des Sparpakets dann mit, wenn weitere, grundlegende Strukturreformen folgen, wenn in der Verwaltung mehr gespart wird, und wenn wirklich Vermögende einen höheren Beitrag zum Schuldenabbau leisten. So wie der ‚Stabilitätspakt‘ vorliegt wird er von einer großen Mehrheit als weitgehend unwirksam und ungerecht empfunden.“*

Wir beschäftigen uns in diesem Forschungstelegramm mit der Einstellung der ÖsterreicherInnen zum von der Bundesregierung vorgestellten „Sparpaket“. Spectra (Linz) hat auf Grundlage eines IFT-Fragemodells 500 ÖsterreicherInnen ab 15 Jahren, repräsentativ für die österreichische Bevölkerung, telefonisch zu diesem Thema befragt.

1. Die Sparmaßnahmen werden hauptsächlich von der Bevölkerung getragen

Wie wir in unserem Forschungstelegramm 03/2012 „Das Sparpaket 2012: Die Verteilung der Sparmaßnahmen“ bereits dargestellt haben, werden die Sparmaßnahmen vor allem von der österreichischen Bevölkerung getragen. Die folgende Graphik fasst das Ergebnis noch einmal zusammen.



Zur Berechnung:

Ausgangsbasis - Einsparungssumme:	26,5 Mrd.	
Davon werden abgezogen: 5,2 Mrd. Länder und Gemeinden Auswirkungen im Einzelnen unklar: der Aufteilungsschlüssel wird sich nicht ändern, wenn dann eher zu Lasten der einzelnen Menschen...		
Zwischensumme:	21,3 Mrd.	
Davon wird abgezogen 1,6 Mrd. Zinersparnis Das ist ein Buchhaltertrick, keine Einsparung. Wird daher auch von niemandem „getragen“, sondern eine Konsequenz der Maßnahmen....		
Zwischensumme:	19,7 Mrd.	
<u>Diese Zwischensumme setzt sich wie folgt zusammen:</u>		
Den einzelnen Menschen (Arbeiter, Angestellte, Bauern, Pensionisten, ... Mittelschicht) zuordenbar:		
Pensionen Arbeitsmarkt: 7 Mrd. (excl. Kündigungspönale)		
Beamte: 1,8 Mrd.		
Immobiliensteuer (Anteil Mittelschicht ca. 50%): 0,75 Mrd.		
Bausparen, Vorsorge: 0,5 Mrd.		
Summe „Menschen“ (Bevölkerung)	10,05 Mrd.	51 %
Der öffentlichen Hand (Maßnahmen aus dem Politikbereich) zuzuordnen, die für die Einzelnen <u>zu-</u> <u>nächst</u> (!) kaum Nachteile bringen:		
Förderungen / ÖBB: 3,5 Mrd.		
Umsatzsteuer, „Gestaltungsmaßnahmen“ (50% zugeordnet, Rest: Banken, Versicherungen, Ärzte ... ebenfalls 50%): 0,65 Mrd.		
Gesundheit (Zielsteuerungsvereinbarung): 1,4 Mrd.		
Verwaltung direkt (!): 0,8 Mrd.		
Summe öffentliche Hand (von der Politik gestaltet bzw. verantwortet)	6,35 Mrd.	32 %
Unter dem Aspekt „Vermögende“ (Konzerne, Immobilien, Sondersteuern, Reiche...):		
Gruppenbesteuerung (0,3 Mrd.)		
Steuerflucht: (1,2 Mrd.)		
Finanztransaktionssteuer: (1,5 Mrd.)		
<u>Gesamtpaket „direkte (Reichen)Steuern“</u> : 1,6 Mrd. (Erwartung, Potenzial vorsichtig gemittelt!)		
Umsatzsteuer „Gestaltungsmaßnahmen“ (50%,s.o.): 0,65 Mrd.		
Solidarabgabe: 0,4 Mrd.		
Umschuldungssteuer: 0,5 Mrd.		
Kündigungsabgabe 0,15 Mrd.		
Summe Vermögende, Wirtschaft (Konzerne):	3,3 Mrd.	17 %

Die Aufstellung umfasst die derzeit halbwegs klar erfassbaren und zuordenbaren Beträge.

Wichtig zu beachten für alle relativierenden Gegenargumente:

1. Die Zahlen gehen von der (einzig wirklich eindeutigen) für alle interessierten Menschen nachvollziehbaren (veröffentlichten) Gesamtsumme von 26,5 Milliarden Euro Einsparungen aus.

Alles, was man also anders interpretiert, zuordnet oder berechnet, muss wieder auf diese Gesamtsumme zurückgeführt werden!

2. Mehreinnahmen als die in der Aufstellung angesetzten (z.B. mehr als die von mir vorsichtig, realistisch angesetzten „direkten (Reichen)Steuern“), würden daher das Gesamtspargziel (also die 26,5 Mrd. Euro) erhöhen. Das wäre zwar grundsätzlich durchaus positiv, würde aber erst im Nachhinein die dargestellten Relationen (51 %, 32 %, 17 %) entsprechend verändern.

Diese Verteilung wird auch von der Bevölkerung erkannt, was sich in den nachfolgend dargestellten Ergebnissen zeigt: Denn die Mehrheit der ÖsterreicherInnen steht den Sparmaßnahmen kritisch gegenüber.

2. Die Mehrheit der ÖsterreicherInnen empfindet die Sparmaßnahmen als falsch und ungerecht

Das im Februar von der Bundesregierung vorgestellte „Sparpaket“ wurde von der österreichischen Bevölkerung in einer ersten Spontanreaktion sehr negativ aufgenommen (Befragung: market 22.2.2012):

- Fast **70 %** der ÖsterreicherInnen empfinden demnach das „Sparpaket“ als **unausgewogen und ungerecht**.
- **86 %** der ÖsterreicherInnen denken **nicht**, dass dieses „Sparpaket“ **ausreichen wird, um die österreichischen Staatsschulden in den Griff zu bekommen**.
- **77 %** der ÖsterreicherInnen erachten die Maßnahmen des „Sparpakets“ als **weniger wirksam oder eher unwirksam**.
- **84 %** glauben, dass sie persönlich **eher schon bzw. ganz bestimmt** von den Sparmaßnahmen **betroffen** sein werden.

Das Sparpaket wird von 70 Prozent der ÖsterreicherInnen als ungerecht empfunden:



Die überwiegende Mehrheit der ÖsterreicherInnen hält das Sparpaket für ungenügend:



77 % der Bevölkerung erachten die Maßnahmen des Sparpakets als weniger oder gar unwirksam:



84 Prozent glauben an die persönliche Betroffenheit durch Maßnahmen im Rahmen des Sparpakets:



Quelle: market 2012, Online-Befragung von 524 Personen ab 16 Jahren in Österreich; Angaben in Prozent

Prof. Peter Zellmann

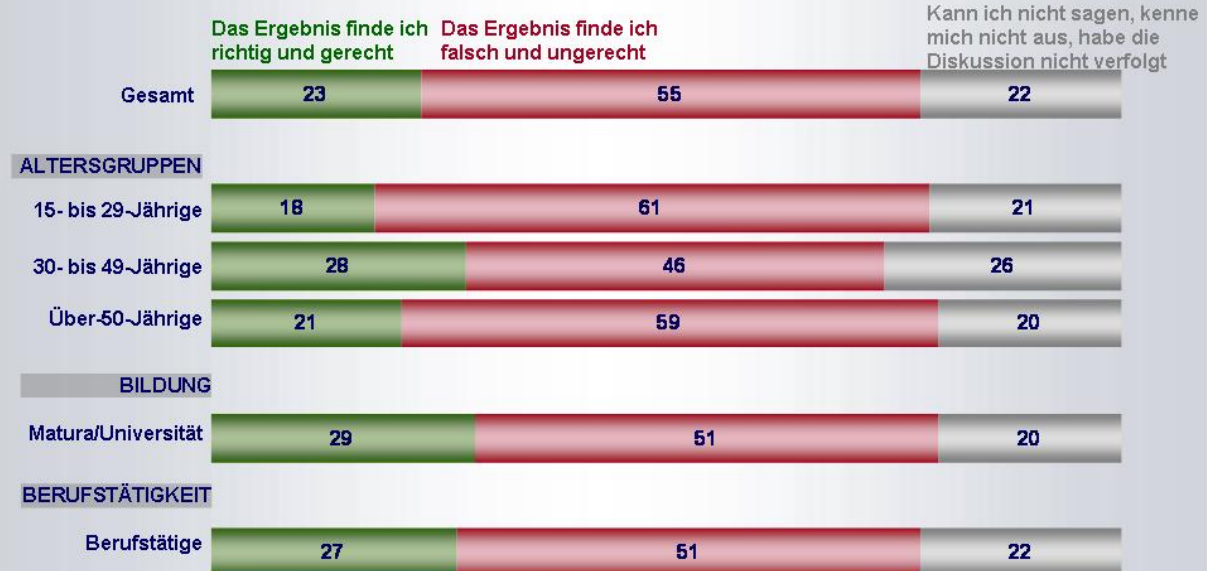
Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) 2012

Nach relativierenden Informationen der Bundesregierung ist die Meinung der Bevölkerung gegenüber dem „Sparpaket“ etwas positiver, aber immer noch mehrheitlich negativ, ausgefallen (IFT-Erhebung Anfang März 2012):

- **55 %** der ÖsterreicherInnen finden die vorgestellten Sparmaßnahmen **falsch und ungerecht**.
- **23 %** erachten das Ergebnis als **richtig und gerecht**.
- **22 %** können es nicht sagen, **kennen sich nicht aus** oder haben die Diskussion nicht verfolgt.

Was zusätzlich auffällt ist, dass der Anteil an Uninformierten nach der Fülle an Detailinformationen gewachsen statt gesunken ist. Aus den Daten kann daher auch der Wunsch nach einer besser koordinierten Informationspolitik herausgelesen werden.

Von je 100 Befragten finden das von der Regierungskoalition 2012 vorgestellte „Sparpaket“:



Repräsentativbefragung von 500 Personen ab 15 Jahren in Österreich 2012; Angaben in Prozent

Prof. Peter Zellmann

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) 2012

Das Ergebnis im Detail:

- Während **18 % der 15- bis 29-Jährigen** und **21 % der Über-50-Jährigen** das „Sparpaket“ **gerecht** finden, sind es bei den **30- bis 49-Jährigen 28 %** (Ø 23 %).
- Während **29 %** der Personen mit **Matura oder Universitätsabschluss** das Ergebnis als richtig und gerecht beurteilen, tun dies nur **18 %** der Personen mit **Pflichtschulabschluss** und **23 % der Personen mit abgeschlossener berufsbildender mittlerer Schule** (Ø 23 %).
- Personen mit Pflichtschulabschluss haben besonders häufig keine Meinung zum Sparpaket: **38 % der Personen mit Pflichtschulabschluss** geben an, **sich nicht auszukennen**, es nicht sagen zu können oder die Diskussion nicht verfolgt zu haben (Ø 22 %).
- Berufstätige sehen das Sparpaket etwas positiver: **27 % der Berufstätigen** erachten die Maßnahmen als gerecht - bei den **Nichtberufstätigen** tun das **18 %** (Ø 23 %).

3. Warum der Bevölkerung das Sparpaket missfällt: Die Politik hat zu wenig bei sich gespart

Als Gründe, warum die ÖsterreicherInnen die Sparmaßnahmen der Bundesregierung ungerecht finden, werden genannt:

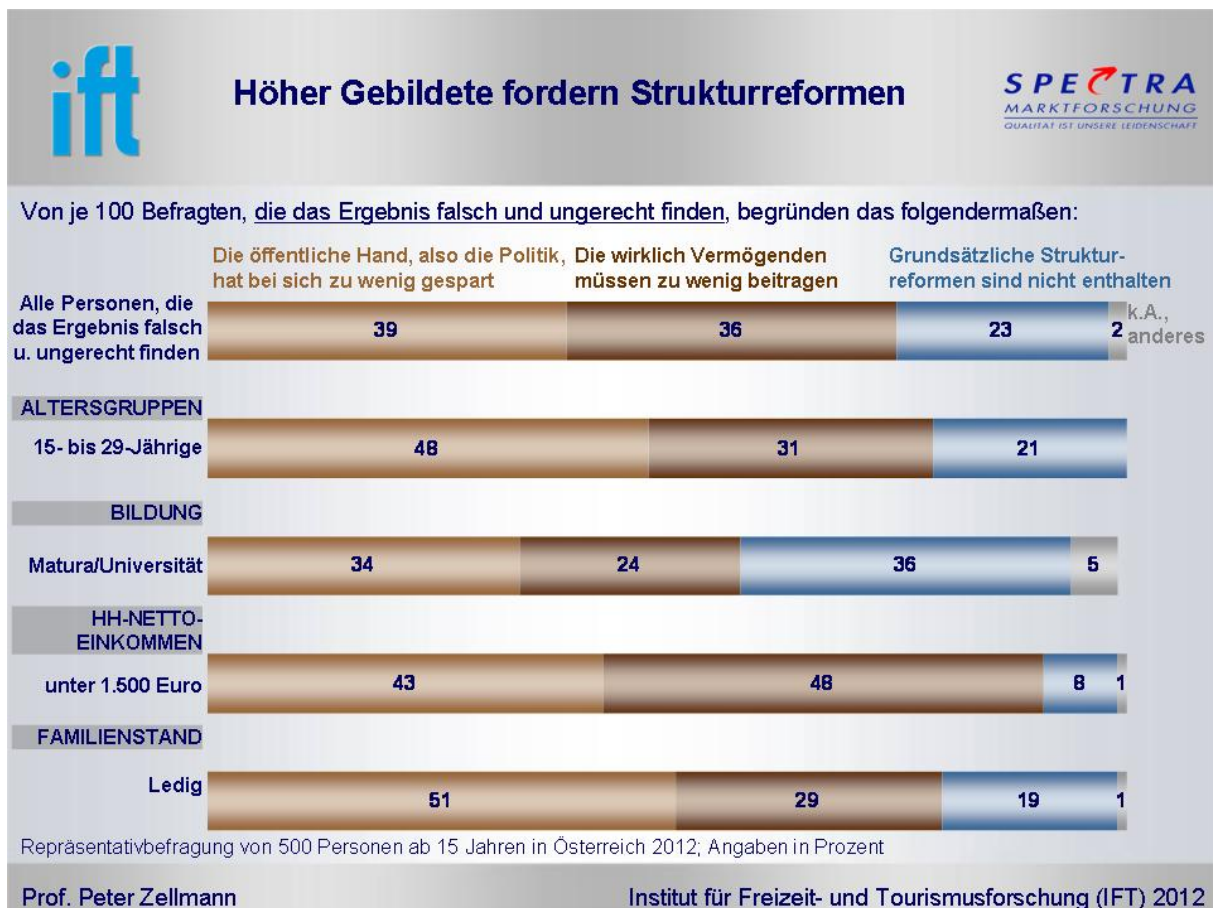
- **39 %** der Personen, die das Ergebnis falsch und ungerecht finden, sind der Meinung, dass die öffentliche Hand, also die **Politik, zu wenig bei sich gespart** hat.
- **36 %** geben an, dass die **wirklich Vermögenden zu wenig beitragen** müssen.
- **23 %** finden, dass **grundsätzliche Strukturreformen nicht im Sparpaket enthalten** sind.



Nach einzelnen Bevölkerungsgruppen betrachtet, zeigen sich bei den Angaben, warum das Sparpaket als ungerecht empfunden wird, folgende Unterschiede:

- Insbesondere die **jüngeren ÖsterreicherInnen** (15 bis 29 Jahre), die die Sparmaßnahmen als ungerecht wahrnehmen, sind der Meinung, dass die **Politik zu wenig bei sich gespart hat** (48 %, 30 bis 49 Jahre: 38 %, Über 50-Jährige: 36 %, Ø 39 %).

- Auch **Ledige** sind besonders häufig der Ansicht, dass die Politik zu wenig bei sich gespart hat (**51 %**, Ø 39 %).
- Personen mit **höherer Bildung** denken, dass **zu wenig grundlegende Strukturreformen** enthalten sind (**36 %**, Personen mit Pflichtschulabschluss: 14 %, Personen mit Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule: 21 %, Ø 23 %).
- Für Personen mit **niedrigem Einkommen**, die die Sparmaßnahmen als ungerecht erachten, werden vor allem die wirklich Vermögenden zu wenig in die Pflicht genommen: **48 %** der Personen mit einem Haushalts-Netto-Einkommen unter 1.500 Euro sind der Meinung, dass **die wirklich Vermögenden zu wenig zum Sparpaket beitragen müssen** (HH-Nettoeinkommen zwischen 1.501 und 3.000 Euro: 29 %, HH-Netto-Einkommen über 3.000 Euro: 35 %; Ø 36 %).



4. Resümee

Die Mehrheit der ÖsterreicherInnen empfindet das von der Bundesregierung vorgestellte „Sparpaket“ in der vorliegenden Form als ungerecht und weitgehend unwirksam. Weitere grundlegende Strukturveränderungen in den Bereichen Politik und Verwaltung (Pensionsreform, Gesundheitsreform, Föderalismusreform etc.) müssen aus der Sicht der Bevölkerung unbedingt folgen. Dazu wird der Ruf nach mehr Transparenz (Parteienfinanzierung, Korruptionsbekämpfung) und Gerechtigkeit (Vermögenssteuern) immer lauter.

Will man die „Wählerinnen und Wähler“ bis zur Nationalratswahl 2013 von der Zukunftstauglichkeit der Konsolidierungsmaßnahmen überzeugen, werden sehr bald konkrete Vorschläge zur Veränderung des Gesamtsystems notwendig sein.

TECHNISCHE DATEN

Aufgabenstellung

Die dieser Studie zugrunde liegenden Daten beruhen auf Erhebungen von SPECTRA Marktforschung – Linz. Auf Basis des Befragungsmodells des Instituts für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) wurde die Einstellung der Bevölkerung zum Sparpaket erhoben.

Stichprobe/Methodik

Die Erhebung richtete sich an eine Stichprobe von **n=500** Personen repräsentativ für die österreichische Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren. Die Zielpersonen wurden at random aus dem HEROLD-Telefonverzeichnis ausgewählt. Die Durchführung der Befragung erfolgte **telefonisch** durch 56 geschulte und kontrollierte Spectra-InterviewerInnen im hauseigenen CATI-Studio.

Ergibt eine Addition der Prozentwerte mehr als 100, so bedeutet dies, dass zu den einzelnen Erhebungspunkten mehr als eine Angabe möglich war.

Sind keine Mehrfachangaben möglich, kann sich eine Abweichung von +/- 1% auf 100% durch Rundungsmaßnahmen ergeben.

Timing

Die Feldarbeit fand in der Zeit vom 29. Februar bis 5. März 2012 statt.

Grundgesamtheit der Erhebung

Österreich: 7,11 Mio. Personen ab 15 Jahren.